

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1927**

242 (1.12.1927)

Er scheint täglich  
mit Ausnahme der Feiertage.  
Bezugspreis:  
Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger und unsere Aus-  
träger frei ins Haus  
monatlich Goldmark 1.20  
Der Bezugspreis ist im Voraus  
zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Liefer-  
ung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr  
Sonntags geschlossen.  
Fernsprechanruf Nr. 465  
Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6908

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegr. 1839  
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung d. ... regend. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:  
Anzeigen: Die 33 mm breite  
Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Kleinanzeigen: Die 22 mm breite  
Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und  
Zertifikat ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifierter  
Rabatt, der bei Nichtzahlung  
innerhalb 8 Tagen nach Rech-  
nungsdatum oder bei gerichtlicher  
Betreibung erlischt.  
Anzeigen-Aannahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen  
müssen am Tage vorher auf-  
gegeben werden.

Bank-Konto:  
Bereitsbank Sinsheim  
c. G. m. b. H.

Nr. 242.

Donnerstag, den 1. Dezember 1927.

88. Jahrgang

## Ein Attentatsplan gegen Stalin.

Neuer Kampf gegen die Opposition.

Moskau, 29. Nov. Maßgebend für den Beschluß der Kom-  
munistischen Partei, nach der Ausschließung Trozki und Sinow-  
jews die Opposition mit Stumpf und Stiel auszurotten, sind die  
Ermittlungen gewesen, die die politische Polizei über einen  
Attentatsplan gegen Stalin gemacht hat.  
Der Präsident des Rates der Volkskommissare, Rykow, hat  
kürzlich nähere Mitteilungen darüber gemacht. Danach ist inner-  
halb der Opposition ein Zirkel von Elementen bemerkbar gewor-  
den, die mit den früheren Sozialrevolutionären Verbindung ha-  
ben und die gegen Stalin als „Führer der russischen Faschisten“  
agitieren. Sie wollten die Methode des Einzelterrorismus wieder auf-  
leben lassen. Wie Rykow erklärt, soll jetzt gegen solche Pläne,  
auch wenn sie gesprächsweise bei Unterhaltungen auftreten, sofort  
mit Verhaftungen vorgegangen werden. Im Nachlaß Joffes, der  
politisch beschlagnahmt wurde, ist übrigens das Statut eines

„Roten Kreuzes“ der Opposition gefunden worden, wonach die  
Mitglieder zur Unterstützung der aus der Partei ausgeschlossenen  
Oppositionellen durch direkte Geldbeträge und durch Veranstaltung  
von Vorträgen gewonnen werden sollen. Bucharin hat ferner  
davon Mitteilung gemacht, daß die Propaganda der Opposition  
schon auf die Armee und Flotte überzugehen versuche. Die Mit-  
telsperson dabei ist der frühere Flottenchef Sof. Die Propaganda  
gegen die Opposition ist übrigens der Mehrheit durch eine unvor-  
sichtige Äußerung des früheren Pariser Botschafters Rakowski  
erleichtert worden, der der Mehrheit Feigheit vorgeworfen hat,  
weil sie es bei wichtigen Anlässen vermeiden habe, das Gewicht  
der Kriegsdrohung in die Waagschale zu werfen. Als solche An-  
lässe nannte Rakowski die Plünderung der russischen Gesandtschaft  
in Peking und die Forderung der französischen Regierung nach  
Aberkennung Rakowskis.

## Beginn der Abrüstungskonferenz.

Große Spannung vor Beginn der Tagung.

Hoffnungen und Zweifel.

Genf, 1. Dez. Das Völkerbundspalais zeigte gestern  
vor Beginn der Tagung der vorbereitenden Abrüstungs-  
kommission ein auch für Genfer Verhältnisse ungewöhnlich  
belebtes Bild. Die internationale Presse ist in außerordent-  
lich großer Zahl vertreten, wie es selbst bei Ratstagungen  
bisher kaum der Fall gewesen ist. Das Eintreffen der ein-  
zelnen Delegationen im Völkerbundspalais, insbesondere  
das Erscheinen des neuen englischen Delegierten, Lord Cus-  
hendun, des Nachfolgers Lord Cecilis, sowie das Erscheinen  
der russischen Delegierten, die heute zum ersten Mal offi-  
ziell an einer Tagung des Völkerbundes teilnehmen, wird  
mit größter Spannung verfolgt. Von bekannten Persön-  
lichkeiten sieht man den tschechoslowakischen Außenminister  
Dr. Beneš, den Präsidenten der vorbereitenden Abrüstungs-  
kommission, Lordon, den Grafen Bernstorff, Paul Boncour  
und zahlreiche andere. Den heute beginnenden Verhand-  
lungen sieht man mit größter Erwartung entgegen. Im  
Mittelpunkt des Interesses stehen gegenwärtig ausschließ-  
lich die Anträge, die die sowjetrussische Delegation einbrin-  
gen wird. Allgemein wird angenommen, daß die Russen in  
kategorischer Form eine weitgehende Abrüstung, wie es  
heißt bis zu fünfzig Prozent des gegenwärtigen Rüstungs-  
standes, sowie Einführung des Militärsystems nach sowjet-  
russischem Muster fordern werden. Ferner sollen die Russen  
die Absicht haben, auf dem Gebiet der Sicherheitsgarantien  
den Abschluß von Nichtangriffsverträgen nach dem Muster  
der zwischen Rußland und den Nachbarstaaten abgeschlosse-  
nen Abkommen vorzuschlagen. Die sowjetrussischen Anträge  
werden aller Voraussicht nach auf eine einheitliche, wohl  
ablehnende Haltung der englischen, französischen und italie-  
nischen Delegationen stoßen, die feinerlei Anträge zur Dis-  
kussion stellen lassen wollen, welche über die Tagesordnung  
hinausgehen. Wie von französischer Seite verlautet, wird  
sich die französische Delegation einer sofortigen Einberufung  
der Abrüstungskommission zu einer neuen Tagung nicht  
widersetzen. Man verlangt jedoch, daß der neue Sicherheits-  
ausschuß gleichzeitig mit der Abrüstungskommission einberu-  
fen wird und seine Arbeiten parallel mit der Abrüstungs-  
kommission führt. Dieser Standpunkt der französischen Dele-  
gation wird voraussichtlich die Unterstützung zahlreicher an-  
derer Delegationen finden. Man neigt infolgedessen jetzt  
vielfach der Ansicht zu, daß die Verhandlungen bis Ende  
dieser Woche zu Ende geführt werden können. Dagegen  
vermutet man, daß die Sitzung des Rates mindestens vier-  
zehn Tage dauern wird. Paul Boncour, der heute vormit-  
tag hier eingetroffen ist, wird voraussichtlich Brand im  
Rat vertreten, der nach Abschluß der polnisch-litauischen Ver-  
handlungen im Rat wieder nach Paris zurückkehren wird.

### Die Eröffnungssitzung

Genf, 1. Dez. Die Tagung der vorbereitenden Abrüs-  
tungskommission wurde gestern vormittag durch den Prä-  
sidenten Lordon eröffnet. Am Verhandlungstisch hatten  
neben der schwedischen Delegation die vier russischen Dele-  
gierten und der Generalsekretär der Delegation, Stein, Platz  
genommen. Nach den üblichen photographischen Aufnahmen  
begrißte der Präsident in einer kurzen Eröffnungsrede die  
Delegationen und wies daraufhin, daß die Zahl der Dele-  
gationen sich seit der Märzsession erhöht habe. Die zwei  
neuen Ratsmitglieder Canada und Kuba nehmen jetzt an  
den Verhandlungen teil. Die beiden ausgeschiedenen Rats-  
mitglieder Belgien und die Tschechoslowakei sind auf Wunsch  
des Rates in der Kommission vertreten. Der Präsident gab  
seinem lebhaften Bedauern über das Ausscheiden Lord  
Robert Cecilis und des Senators Brodner Ausdruck und be-  
grüßte sodann den neuen griechischen Delegierten Politis,  
ferner mit besonderen Worten die an der Tagung heute zum  
ersten Male teilnehmenden russischen Delegierten.  
Präsident Lordon betonte sodann nachdrücklich, daß die  
Abrüstungsverhandlungen jetzt in eine neue Phase treten.  
Er hoffe, daß wie bisher in fruchtbarer Zusammenarbeit die  
Herabsetzung der Rüstungen progressiv gefördert werde. Er  
betonte, daß nur eine progressive Beschränkung der Rüstun-  
gen gestützt auf gegenseitiges Vertrauen erreicht werden  
könnte. Die Hauptaufgabe der Kommission sei diesmal,  
entsprechend den Beschlüssen der Völkerbundsversammlung,  
die Einsetzung eines besonderen Sicherheitsausschusses. Die-  
ser Ausschuss werde die Aufgabe haben, die bereits durch den  
Pakt von Locarno eingeleitete Schaffung neuer Sicherheits-

garantien auszubauen. Die Kommission werde dann das  
Datum für die fünfte Session der vorbereitenden Abrüs-  
tungskommission festsetzen. Die Arbeiten des Sicherheits-  
ausschusses könnten parallel mit denjenigen der Abrüstungs-  
kommission laufen. Die Kommission werde auch das Datum  
für den Zusammentritt des Sicherheitsausschusses festzu-  
setzen haben. Zum Schluß richtete der Präsident einen Ap-  
pell an die Regierungen und an die Presse, in den gegen-  
wärtigen ernsten Tagen sich der großen Aufgaben bewußt  
zu sein, die sie am Werke der Abrüstung zu erfüllen hätten.  
Er warnte vor zu weitgehenden Hoffnungen in Bezug auf  
eine baldige Durchführung der Abrüstung, die nur schwere  
Enttäuschungen nach sich ziehen könnten.

Die Kommission wählte sodann ohne Debatte auf Vor-  
schlag des Präsidenten Lordon den griechischen Delegierten  
Politis zum Vizepräsidenten der Kommission.

Darauf trat die Kommission in die Diskussion der Ta-  
gesordnung aufgrund des vom Völkerbundsekretariat vor-  
liegenden Memorandums über die bisherigen Abrüstungs-  
arbeiten ein.

Gleich zu Beginn der Debatte ergriff der  
deutsche Delegierte Graf Bernstorff

das Wort zu einer kurzen Mitteilung. Er wies daraufhin,  
daß sein am 12. November an den Präsidenten der Kom-  
mission Lordon gerichteter Brief vielfach in der Öffentlich-  
keit und auch vom Präsidium nicht richtig verstanden wor-  
den sei. Er habe keineswegs, wie angenommen war, be-  
absichtigt, eine zweite Lesung des Konventionentwurfes zu  
beantragen. Vielmehr habe er in seinem Schreiben die An-  
regung gegeben, auf der gegenwärtigen Tagung der Kom-  
mission in eine Debatte der bisherigen Verhandlungsergeb-  
nisse einzutreten. Seit der letzten Session der Abrüstungs-  
kommission vor sechs Monaten hätten sich eine Reihe ein-  
greifender Ereignisse zugetragen. Die Bildung des Sicher-  
heitsausschusses sei beschlossen worden. Ferner nehme eine  
Reihe neuer Delegationen an der Kommission teil, deren  
Haltung bisher noch nicht bekannt sei. Er habe deshalb mit  
seinem Schreiben lediglich bezweckt, auf dieser Tagung eine  
Diskussion der bisherigen Abrüstungsverhandlungen herbei-  
zuführen mit dem einzigen Ziel, den neuen Delegationen  
die Möglichkeit zu geben, die Ansichten ihrer Regierungen  
über das Abrüstungsproblem näher zu präzisieren.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte er, es  
habe nicht in seiner Absicht gelegen, den Brief an den Prä-  
sidenten Lordon, der so weitgehende Mißverständnisse aus-  
gelöst habe, zu veröffentlichen. Er sei jedoch durch eine In-  
diskretion bekannt geworden. Graf Bernstorff betonte noch,  
er begrüße den Beschluß des Präsidenten, die Tagesordnung  
zu ändern und an erster Stelle den Stand der Arbeiten zur  
Diskussion zu stellen, um erst hierauf die Wahlen des Si-  
cherheitsausschusses vorzunehmen.

Darauf gab der russische Delegierte Litwinow eine kurze  
Erklärung ab. Er dankte im Namen der sowjetrussischen  
Republik dem Präsidenten für die Begrüßungsworte. Er  
hoffe, daß die sowjetrussische Delegation in der Kommission  
Gelegenheit haben werde, ihre Auffassung über das Abrüs-  
tungsproblem näher zu präzisieren. Die Sowjetdelegation  
verfolge nur das Ziel, an der Aufrechterhaltung des Frie-  
dens mitzuwirken. Sie werde alles in ihren Kräften  
stehende tun, um an der Durchführung der Aufgaben der  
Abrüstungskommission mitzuarbeiten. Litwinow erklärte  
sodann, er schliesse sich voll dem Standpunkt der deutschen  
Delegierten an, zunächst die Debatte über den gegenwärtigen  
Stand der Abrüstung vorzunehmen. Er fügte hinzu,  
die Sowjetregierung habe die Einladung zur Teilnahme an  
dem Sicherheitsausschuß zu einem Zeitpunkt erhalten, wo  
die Frage der Bildung des Sicherheitsausschusses noch kei-  
neswegs akut gewesen sei. Die sowjetrussische Delegation  
werde zu der Bildung des Sicherheitsausschusses erst Stel-  
lung nehmen können, nachdem sie die Gesichtspunkte der  
übrigen Delegationen im Verlaufe der Diskussion kennen-  
gelernt habe.

### Die russische Vorschläge

Genf, 1. Dez. Bei Beginn der Geschäftsordnungsdebatte  
legte als erster der Führer der sowjetrussischen Delegation,  
Litwinow, die bereits bekannte programmatische Erklärung  
der Sowjetregierung zu dem Abrüstungsproblem vor, in  
der diese u. a. die Auflösung sämtlicher stehenden Armeen,  
sämtlicher Flotten, die Vernichtung sämtlicher Waffen und

Wenttion und aller übrigen Kriegsmittel, die Zerstörung  
aller Kriegsgebäude und Kriegsflugzeuge, die Aufhebung  
der allgemeinen Dienstpflicht, das Verbot der Ausbildung  
militärischer Reserven, die Schleifung der Festungen und  
Seestützpunkte, die Zerstörung aller Waffenfabriken, Auf-  
hebung der Kriegsmünzen, das Verbot jeder Art kriegeri-  
scher Propaganda sowie ein Gesetz, das Zuwiderhandlungen  
gegen diese Verbote unter Strafe stellt, verlangt. — In sei-  
ner Erklärung betonte Litwinow, daß die Delegation Sow-  
jetrußlands im Besitze sämtlicher Vollmachten sei, um dieses  
Abrüstungsprogramm vorschlagen zu können. Das von der  
Sowjetregierung vorgelegte Programm könne in kürzester  
Frist durchgeführt werden. Ferner unterrichtete er, daß der  
Anschluß der Sowjetregierung nach der vorgeschlagenen Plan-  
der zweckentsprechendste sei, um den Frieden sicherzustellen.  
Die Sowjetregierung habe die Einladung der Teilnahme an  
der gegenwärtigen Tagung der Abrüstungskommission an-  
genommen, um Klarheit darüber zu schaffen, welche kapita-  
listischen Regierungen ehrlich den Frieden wollten.

Sodann ging er dazu über, an den bisher getroffenen  
Abrüstungsmaßnahmen scharfe Kritik zu üben. Er behauptete,  
daß seit Ende des Weltkrieges die militärischen Rüstungen  
der kapitalistischen Länder sich ständig erhöht hätten und  
daß man nirgends auch nur teilweise Durchführung der  
übernommenen Abrüstungsverpflichtungen feststellen könne.  
Auch der Völkerbund habe bisher keinerlei praktische Maß-  
nahmen zur Abrüstung ergriffen. So sei das Datum für  
den Beginn der Abrüstungskonferenz immer wieder hinaus-  
geschoben worden und die Abrüstungskommission habe bis-  
her lediglich eine Reihe fruchtloser Debatten über die Ab-  
rüstung geführt. Man müsse berechnete Zweifel haben, ob  
die Abrüstung denn auch wirklich angestrebt werde.

Insbefondere wandte er sich dann dagegen, daß die Ab-  
rüstung von den sogenannten „potentiell de guerre“ abhängig  
gemacht würde, da hierdurch die Großmächte nur einen Vor-  
wand erhielten, um ihren gegenwärtigen Rüstungsstand  
aufrecht zu erhalten. Er betonte sodann, daß die Sowjet-  
regierung im Gegensatz zu diesem Verhalten der kapitali-  
stischen Mächte ständig das Bestreben gehabt habe, die Frage  
der Abrüstung praktisch zu lösen. Man habe jedoch bei allen  
Gelegenheiten die Sowjetregierung nicht dabei haben wol-  
len, so z. B. auf der Washingtoner Flottenkonferenz. Auf  
der Konferenz von Genoa habe man ein Abrüstungspro-  
gramm der Sowjetunion abgelehnt. Eine Konferenz der  
baltischen Randstaaten im Dezember 1922 habe man ver-  
hindert.

Aus diesem Grunde habe die Sowjetregierung nunmehr  
ihre umfassendes Programm für eine vollständige Abrüstung  
vorgelegt und den entsprechenden Resolutionsentwurf für  
die Durchführung der Abrüstung eingebracht.

Für den Fall der Ablehnung des umfassenden russischen  
Antrages brachte Litwinow alsdann einen anderen Antrag  
der Sowjetregierung ein, der eine völlige Abrüstung all-  
mählich im Laufe von vier Jahren vorsehe, aber die Durch-  
führung der ersten Etappe dieser Abrüstung bereits für das  
erste Jahr der Gültigkeit dieser Konvention verlangt. Lit-  
winow ging endlich dazu über, die von der Sowjetregierung  
gemachten Anträge zu verteidigen und wandte sich dagegen,  
daß diese als undurchführbar bezeichnet werden müßten.  
Die russische Delegation sei sich zwar dessen bewußt, daß ihr  
Abrüstungsprogramm keineswegs den Interessen der kapita-  
listischen Großmächte entspreche. Wenn man aber von  
dem Gegensatz zwischen den großen und den kleinen Mäch-  
ten und dem Wunsch der Großmächte, die kleinen Staaten  
zu unterdrücken, absehe, so sei das Programm der Sowjet-  
regierung leicht durchzuführen. Die Abrüstung bleibe eine  
Utopie, wenn sie von den Bedingungen abhängig gemacht  
werde, die die Abrüstungskommission vorgegeben habe. Ein  
Abrüstungsprogramm, das den Ausbau von Sicherheits-,  
internationale Sicherheitsabkommen und Bündnisverpflich-  
tungen auf gegenseitige Hilfe vorsehe, sei völlig undurch-  
führbar. Die Sowjetregierung sei überzeugt, daß man bis  
in alle Unendlichkeit über die Abrüstungsfrage debattieren  
würde, wenn die gegenwärtige Basis der Abrüstungsfrage  
nicht geändert würde.

Unterdessen müße man feststellen, daß die Gefahr einer  
Krise akut sei und eine Bedrohung des Friedens vorhanden  
sei. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß die beste Ga-  
rantie für die Sicherheit völlige Abrüstung sei. Den Vor-  
wurf, daß die Sowjetregierung mit ihren Vorschlägen nur  
Propaganda treibe, nehme sie gern in Kauf. Die Sowjet-  
regierung habe stets Propaganda getrieben und wenn es  
verboten würde, Propaganda für den Frieden zu machen,  
so sei es nicht verständlich, zu welchem Zwecke man im Geis  
zurückgekommen sei. Vor kurzem habe sich im Osten  
Europas die Gefahr eines Krieges gezeigt. Daraufhin habe  
die Sowjetregierung sowohl in Polen wie auch in Litauen  
geraten, nichts zu tun, was den Ausbruch eines Krieges  
herbeiführen könnte. Die Sowjetregierung habe somit alles  
in ihren Kräften Stehende getan, um den Ausbruch dieses  
Krieges zu verhindern.

Darauf wurde die Verhandlung auf heute nachmittag  
4 Uhr vertagt. Präsident Lordon stellte in seinem Schluß-  
wort fest, daß zwischen der Auffassung der sowjetrussischen  
Delegation und der Abrüstungskommission kein Gegensatz  
des Zweckes, sondern nur ein solcher der Methode bestehe.

### Das Abrüstungsprogramm Paul Boncour

Paris, 1. Dez. Paul Boncour äußerte sich im „Paris  
Midi“ vor seiner Abreise nach Genf über die dortigen Ver-  
handlungen. Er erklärte, daß der Stand des europäischen  
Sicherheitsbarometers von der Sowjetregierung abhängen  
Frankreich habe nicht die Absicht, den Sowjetvertretern ge-  
genüber auch nur einen Finger breit zurückzuweichen. Was  
die Haltung Deutschlands angehe, so wolle man den deut-  
schen Wünschen entgegenkommen. Man habe dem Grafen  
Bernstorff geantwortet, daß die erste Etappe für die Ab-  
rüstung zurückgelegt werden solle, jedoch unter der Voraus-  
setzung, daß genügende Garantien für die Sicherheit vor-  
liegen, die zur Zeit für eine allgemeine Abrüstung nicht

vorhanden sein. Er — Boncour — habe drei Möglich-  
keiten im Auge, um zu diesen Garantien zu gelangen:

1. das Genfer Protokoll von 1924;
2. die Ergänzung der Locarno-Verträge durch engum-  
grenzte Regionalverträge. — Frankreich habe diesen Weg  
bereits beschritten, indem es nacheinander übereinstimmende  
Verträge mit Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und  
Jugoslawien abgeschlossen habe.
3. Als dritte Möglichkeit bliebe, die Grundsätze des Genfer  
Protokolls in Anwendung zu bringen, die von der letzten  
Völkerbundversammlung erneut in den Vordergrund ge-  
rückt wurden. Ihm persönlich scheinete dieser Weg der aus-  
sichtreichere zu sein, da der erste Weg wegen des englischen  
Widerstandes nicht gangbar sei. Er wolle das in die Worte  
zusammenfassen: Auflegung eines allen Staaten offenen  
Protokolls, in dem jede Nation sich einzeichnen könne. Eng-  
land werde sich dann auf die Dauer nicht isolieren können.

### Die russischen Vorschläge verlegt

Graf, 1. Dez. Die gestrige Nachmittagsführung der vorbe-  
reitenden Abrüstungskommission trug einen ausschließlich  
geschäftsmäßigen Charakter. Eine sachliche De-  
batte der heute vormittag eingebrachten Anträge der sowjet-  
russischen Delegation auf Totalabrüstung fand nicht statt.  
Graf Bernstorff beantragte, die Diskussion über die russi-  
schen Anträge auf die nächste Tagung der Abrüstungskom-  
mission zu verschieben. Litwinow erklärte sich mit diesem  
Antrage des Grafen Bernstorff einverstanden, stellte jedoch  
ausdrücklich fest, daß die Anträge der sowjetrussischen De-  
legationen weder angenommen noch abgelehnt seien, sondern  
lediglich auf der nächsten Tagung ohne einen neuen Antrag  
der Sowjetregierung vor der Kommission zur Erörterung  
gelangen. Diesen Anträgen des Grafen Bernstorff stimmten  
die Vertreter der Tschechoslowakei, Griechenlands und  
Argentinien zu, worauf dann die Anträge angenommen  
wurden. Die Kommission schritt sodann zur Bildung des  
Sicherheitsausschusses.

### Die demokratische Allianz Frankreichs.

#### Beschlüsse des Kongresses.

Paris, 30. Nov. In Rouen berichtete auf dem dort tagenden  
Kongress der demokratischen Allianz der Abgeordnete Sal-  
mon (demokratisch-republikanische Linke) über die Si-  
cherheit der Ostgrenze. Auf seinen Vorschlag nahm der  
Kongress einstimmig eine Entschließung an, die die  
Organisierung der Nord- und Nordost-Grenze und die Aufrecht-  
erhaltung der Rheinlandbesetzung mit einer genügenden Besat-  
zungszahl bis zur Vollendung der Defensivorganisation fordert.  
Nach ihm sprach der frühere Minister, Abg. Oberst Fabry (de-  
mokratisch-republikanische Linke) über die Frage der Sicherheit  
und des Friedens. Auf seinen Vorschlag nahm der Kongress ein-  
stimmig eine Reihe von Entschließungen an, in denen u. a. gefordert  
wird:

- daß die französische Regierung die deutsche Regierung auf-  
fordere, sich über ihre Absichten betreffend die Ostgrenzen zu  
äußern;
- daß sie mit der italienischen Regierung Besprechungen auf-  
nimmt, um zu einem Mittelmeer-Locarno zu gelangen;
- daß sie sich jeder eventuellen Forderung auf Revision der  
Bewaffnung Deutschlands widersetze;
- daß die vom Parlament gewünschten Vorbedingungen zur Ein-  
führung der einjährigen Dienstzeit durchgeführt würden;
- daß das Rheinland in diesem Augenblick nicht geräumt werde;  
daß nach einer Mitteilung an den Völkerbund, daß Frankreich  
seine Rüstungen vermindert habe, die Regierung sich weiterhin  
in Genf um die Kollektiv-Organisierung der Sicherheit sämtlicher  
Nationen bemühe.

### Teilmobilisierung in Litauen?

Warschau, 1. Dezember. Nach einer Meldung des „Ex-  
press“ voran über Alga soll die litauische Regierung ge-  
eignet die Mobilisierung der drei jüngsten militärischen  
Jahrgänge angeordnet haben. Das Kriegsministerium habe  
sämtliche Urlaube zurückberufen. Die Finanzbehörde soll  
die Umrechnung geschäftlicher Transaktionen in fremde Wa-  
luten verboten haben. Es dürfe nur in Litauisch gerechnet  
werden.

### Ein Dementi in der Reparations- schwindelaffäre

Landau, 1. Dezember. Wie der Badisch-Pfälzische Landes-  
dienst aus zuverlässiger Quelle erfährt, entspricht die von  
einem Mannheimer Nachrichtenbüro (M.N.B. — die Red.)  
gebrachte Meldung, nach welcher vorgehens im Zusammen-  
hang mit der Philippinen-Reparations-Schwindelaffäre in  
Landau sechs Personen verhaftet worden seien, in keiner

weise den Tatsachen. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg  
vernahm am 27. d. M. in Landau die geschädigten drei Lan-  
dau Bauunternehmer sowie die weiteren in die Sache  
eingeweihten Personen und den Glasermeister Krummholz,  
der bekanntlich sofort nach der Vernehmung verhaftet wurde.  
Sämtliche übrigen Vornommenen befinden sich heute auf  
freiem Fuße. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg hat ihre  
Vernehmungen in Landau vorerst abgeschlossen.

### Der Reichsfinanzminister zur Besoldungs- ordnung

Berlin, 1. Dezbr. Der Haushaltsausschuß des Reichstages  
setzte am Mittwoch die Beratungen der Besoldungsvorlage  
fort. Zur Ergänzung seiner gestrigen Erklärungen nahm zu-  
nächst Reichsfinanzminister Dr. Köhler noch einmal das  
Wort. Er erklärte, daß er gestern die Auffassung des Reichs-  
finanzministeriums zu dem neugeschaffenen Paragraphen 24  
des Besoldungsgesetzes zum Ausdruck gebracht habe. Eine  
Etablierung des Kabinetts zustande zu bringen, sei gestern ge-  
scheitert, weil zwei Minister nicht teilnehmen konnten. Er  
könne also die Stellungnahme der Reichsregierung noch nicht  
zum Ausdruck bringen. Die Reichsregierung behalte sich  
vor, eine Erklärung zum Gesamtkomplex des Paragraphen  
24 vorzulegen, sobald sie die Möglichkeit hat, zu den Fragen  
Stellung zu nehmen. Der Ausschuß trat dann in die wei-  
teren Beratungen ein.

Es fand zunächst eine Aussprache über die Steuer- und  
Zollorganisation statt.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages genehmigte im  
weiteren Verlauf seiner Beratungen auch die Besoldungs-  
ordnungen B und C. Er wandte sich dann einigen zurückge-  
stellten Fragen zu. Beim Wohnungsgeldzuschuß lag ein An-  
trag der Regierungsparteien auf Erhöhung vor, den die Re-  
gierung für untragbar bezeichnete. Die Regierungsparteien  
schlugen darauf vor, daß die Regierung bei der zweiten Be-  
ratung einen anderen Weg zeigen solle. Eine lebhaft ausge-  
sprochene Paragra 22 hervor, der die Feststellung des  
Besoldungsalters behandelt. In der Abstimmung wur-  
den sämtliche Anträge zu diesem Paragraphen abgelehnt,  
gleichzeitig aber auch die Fassung des Reichsrates und der  
Regierungsvorlagen. Für eine Aenderung der Fassung der  
Regierungsvorlage war auch die Reichsregierung im Laufe  
der Aussprache eingetreten. Annahme fand nur ein Antrag  
der Regierungsparteien, einen neuen Paragraphen a zu  
schaffen, der einige Verbesserungen bei der Festsetzung des  
Besoldungsalters wünscht.

Im weiteren Verlauf der Beratungen des Haushalts-  
ausschusses des Reichstages wurde Paragraph 34 angenom-  
men, der folgenden Wortlaut hat:

„Aenderungen der im Besoldungsgesetz vorgesehenen  
Amtsbezeichnungen erfolgen durch den Reichspräsidenten.“

Es folgte die Beratung des Paragraphen 39a, der vom  
Reichstag eingefügt worden ist und der eine Verbesserung  
des Finanzausgleichs um 5 Prozent zugunsten der Länder  
fordert. Die Vertreter der preussischen und sächsischen Re-  
gierung forderten Annahme des Paragraphen 39a. Mini-  
sterialdirektor Dr. Voßholz verwies jedoch darauf, daß schon  
bei Beginn dieser Vorlage der Reichsfinanzminister erklärt  
habe, daß eine Aenderung des Reichsfinanzausgleichs zu-  
gunsten der Länder nicht tragbar sei. Nach längerer Aus-  
sprache wurde Paragraph 39a abgelehnt. Abgelehnt wurden  
ferner sozialdemokratische und kommunistische Anträge,  
die eine gesetzliche Festlegung der Arbeits-, Dienst- und Ur-  
laubzeiten der Beamten in einem neuen Paragraphen 34a  
forderten. Damit war die erste Beratung des Besoldungs-  
gesetzesentwurfes erledigt. Die zweite Lesung ist für den näch-  
sten Montag in Aussicht genommen.

### Die Hindenburgspende.

#### Ihr Ergebnis und ihre Verwendung.

Das Ergebnis der Hindenburg-Spende ist, wie jetzt amtlich  
bekanntgegeben wird, 7 Millionen Reichsmark. Dazu kommen als  
Ertragnis der Hindenburg-Briefmarken etwa 2 1/2 Millionen  
Reichsmark und weiterhin eine halbe Million Reichsmark in  
Form von Freistellen bei Versorgungsanstalten, die von einzelnen  
Kommunen und Organisationen geschaffen wurden. Es stehen  
demnach Werte von 10 Millionen zur Verfügung des Reichs-  
präsidenten. Diese werden von einer Stiftung mit dem Namen Hin-  
denburg-Spende verwaltet werden. Für Kriegsschädigte sollen  
7 Millionen, für Sozialrentner und Mittelstandsangehörige 3  
Millionen verwendet werden, und zwar in Form persönlicher Un-  
terstützung in Einzelfällen. Bisher standen dem Reichspräsidenten  
für solche Unterstützungen aus Staatsmitteln 7 Millionen zur Ver-  
fügung. Dazu kommen jetzt noch die Mittel der Spende, die in  
zehn Jahren aufgebraucht werden sollen. Die Kosten für die Ver-  
waltung der Spende belaufen sich bis jetzt auf nur 65 000 Mark.

Anlässlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten sind be-  
reits an 1400 Mannschaften und 100 Offiziere des alten Heeres  
Unterstützungen von je 200 Mark gezahlt worden. Rünftig soll  
die Auszahlung zweimal jährlich, und zwar im Oktober am  
Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg und zu Ostern  
erfolgen.

### Der Reichswirtschaftsrat.

Im Reichstage steht jetzt, wie bereits berichtet, das Gesetz  
über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zur Verhandlung, die  
den bisherigen Reichswirtschaftsrat ablösen soll. Dieser bestand  
auf Grund einer Verordnung von 1920 aus 326 Mitgliedern, die  
sich in zehn Gruppen mit Vertretern von Erzeuger- und Ver-  
braucherseite teilten. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll  
nach dem Gesetzesentwurf nur noch 151 ständige Mitglieder um-  
fassen, die zusammen die Vollversammlung bilden, für sechs  
Jahre einberufen werden und wie die Reichstagsabgeordneten das  
Recht zu freier Eisenbahnfahrt erhalten sollen. Sie bilden zwei  
Abteilungen mit je 48 und eine dritte mit 55 Vertretern. In  
der Abteilung 1 entsenden Land- und Forstwirtschaft, Wein-,  
Garten-, Obst- und Gemüsebau 13 Vertreter, die Industrie 12,  
das Handwerk 6, der Handel 7 Vertreter. Von den Banken  
und den Privatversicherungsanstalten werden 4 Vertreter en-  
tsandt, von Verkehr und Fischerei 6 Vertreter. Die Abteilung 2  
setzt sich aus 48 Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. In der  
Abteilung 3 befinden sich 11 Vertreter der Städte, 3 der öffent-  
lichen Versicherungs- und Kreditanstalten, 5 der Konsumgenos-  
schaften und Hausfrauen und 4 des landwirtschaftlichen und ge-  
werblichen Genossenschaftswesens. Hinzu kommen 2 Beauftragte  
der Beamtenschaft, 3 Vertreter der freien Berufe, 2 Vertreter der  
Tagespresse, 1 Vertreter des Auslandsdeutschtums und schließlich  
12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Gebiete besonders ver-  
traute Persönlichkeiten, die vom Reichsrat ernannt werden.

### Die Abstimmung über das neue Studentenrecht

Berlin, 1. Dezember. Von der Abstimmung über die  
Verordnungen des preussischen Kultusministers vom 7.  
September über das neue Studentenrecht, die heute an den  
preussischen Hochschulen stattfand, über abgeschlossen wurde,  
liegen nachstehende Ergebnisse vor:

In der Technischen Hochschule Hannover lauteten bei  
einer Wahlbeteiligung von 81,39 Prozent von 1513 abgege-  
benen Stimmen 1337 nein, 167 ja. 9 Stimmen waren un-  
gültig.

In der Tierärztlichen Hochschule Hannover lauteten bei  
einer Wahlbeteiligung von 94,2 Prozent von 212 abgege-  
benen Stimmen 204 nein, vier ja. Vier Stimmen waren un-  
gültig.

In der Königsberger Universität lauteten bei einer Wahl-  
beteiligung von 67 Prozent von 1435 abgegebenen Stimmen  
1255 nein, 168 ja. Sechs Stimmen waren ungültig.

In der Bergakademie Clausthal betrug die Wahlbetei-  
ligung bei der Abstimmung am 23. d. M. 80 Prozent. Das  
Ergebnis lautet: 291 Stimmen nein, 3 Stimmen ja.

In der Universität Greiswald 1195 Stimmberechtigte,  
872 abgegebene Stimmen, Beteiligung rund 73 Prozent, 866  
nein, 55 ja.

In der Universität Frankfurt a. M. Stimmberechtigte etwa  
3000. Beteiligung 51 bis 52 Prozent. 1101 nein, 420 ja.

In der Universität Rbln 4916 Stimmberechtigte, 2800 ab-  
gegebene Stimmen, gleich 56,9 Prozent. 2200 nein, 563 ja,  
87 ungültig.

In der Handelshochschule Königsberg 445 Stimmberech-  
tigte, 341 abgegebene Stimmen, gleich 77 Prozent, 284 nein,  
53 ja, 4 ungültig.

In der katholisch-theologischen Akademie Braunsberg 86  
Stimmberechtigte, 84 abgegebene Stimmen, gleich 94,4 Pro-  
zent, 1 nein, 33 ja.

In der Forstakademie Hannover 129 Stimmberechtigte,  
113 abgegebene Stimmen, gleich 87,6 Prozent, 112 nein,  
1 ja.

In der medizinischen Akademie Düsseldorf 86 Stim-  
mberechtigte, 76 abgegebene Stimmen, gleich 88,3 Prozent, 46  
nein, 26 ja, 4 ungültig.

### Braun contra Keudell

#### Eine preussische Beschwerde beim Reichskanzler.

Berlin, 1. Dez. Unter Bezugnahme auf das Sympathie-  
telegramm, das Reichsinnenminister v. Keudell der studentischen  
Protestkundgebung im Zirkus Busch zugehen ließ,  
ist am 30. November dem Herrn Reichskanzler ein Schreiben  
des preussischen Ministerpräsidenten Braun zugegan-  
gen, in dem dieser wegen dieser Angelegenheit beim Reichs-  
kanzler Beschwerde erhebt. Der Ministerpräsident betont,  
daß das Sympathie-Telegramm des Herrn v. Keudell bei  
den zuständigen Stellen des Reichsinnenministeriums zwar

Muttchen hatte — schweren Herzens — ihre Koffer einem  
Träger übergeben. Und er lief nun fort. War nicht mehr  
zu sehen. Stahl die Sachen gar. In dieser widerwärtigen  
Zeit trau, schau, wem. —  
„Wußte Liesel denn die Nummer?“  
„Nein.“  
„Aber Kind...!“

Muttchen hob und drängte durch die Menschenmenge, die  
den Dresdner Hauptbahnhof besetzte, als gelte es der Ret-  
tung eines ihr gestohlenen Kindes.  
einer Wunde wegen vorläufig im Friedrichstädter Kranken-  
ei — wenn man nun den Mann nicht fand...?

Aber der Gepäckträger erwartete die beiden richtig am  
Portal. Gottlob... Muttchen debouchierte in Trümpel-  
dern keineswegs. Sie rechnete da noch immer nach dem  
alten Kurs. Heute aber gab sie in der Freude über die  
Errettung ihrer Koffer dem Träger noch ein Extradeputat von  
fünfzig Mark

Liesel hatte eine Drochke bei der Hand. Aber Muttchen  
stieg nicht ein. Sie fragte umständlich nach dem Preis.

„Nach dem Friedrichstädter Krankenhaus, Ruitzerchen.  
Für uns zwei. Mit Gepäck. Und dann zurück.“

Doch der Kutscher — ein alter, bis zum Hals verummter  
Dresdner Koffelkeller sah Muttchen gar nicht an. Er wies  
nur mit dem schmutzigen Daumen über seine Schulter nach  
der Uhr.

„Hi ha freilich Tage, Freileinchen. Steigen Sie man inn.“  
Und Liesel sagte Muttchen einfach bei der Hüfte. Schob  
sie in die Tür.

„Erst Hotel Continental. Dort geben wir die Koffer ab.  
Dann Friedrichstädter Krankenhaus. Dort warten Sie.  
Post!“

Und sie ratterten davon.

Na — man sieht: Muttchen war kein großer Held auf  
Reisen. So recht nach der guten alten Art. Aber wer  
an Muttchens Heldentum auch in anderen Dingen zweifeln  
wollte, brauchte der kleinen fernen Dame, die da — im  
schwarzen Tuchkostüm... den Stunkstragen um den Hals  
... das häßliche Winterkaputtchen mit der Samtschleife  
auf dem weißen Haar — auf dem Drochkenrücken thronte,  
nur recht ins Auge zu sehen. Haltung und Gesichtsausdruck  
waren furchig und ernst. Im Herzen sah das Heldentum.

## Durchlaucht-Frau Gildenwerth

ROMAN VON FRED NELIUS

Muttchen... Frau Kalb, seine Hauswirtin aus der  
Kaulbachstraße — sie stand mit Zielens Koffer an der  
Gepäckabfertigung des Hauptbahnhofs und schaute ängstlich  
nach ihm aus... Steinkirch lächelte ihm höhnisch zu: Sensa-  
tion, mein Lieber — Sensation — Ehefragödie im herzog-  
lichen Hause Hohenastenberg — bringt Geld — Geld — Geld  
... Liesel hielt das Bleischiff, das er am Silvesterabend gab,  
vor seine Augen... winkte ihm damit... er wollte fort —  
und Brust... strenge, kalte Augen bohrten sich in seinen  
Bild... eine schneidende scharfe Stimme sagte: Word — die  
Herzogin von Hohenastenberg hat ihren Mann erschossen —  
was wissen Sie davon? — der Browning — der Brow-  
ning —

Halb in Fieberdelirien — halb scharf und klar verbißten die  
Gedanken sich in dieses letzte Bild. Eine wilde Angst stieg  
plötzlich in ihm auf. Heßte ihm das Blut zum Herzen. Sie  
riech ihm in toller Qual die Augen auf und peitschte jeden  
Nerv. Eine Weile lag er unter einem Alpdruck still.

Dann wälzte er sich wieder auf die Seite. Mit einer Kraft,  
zu der er seinen letzten zähen Willen nötig hatte, trock er  
auf Unterarm und Knie zwei Schritte weiter vor. Er streckte  
seinen rechten Arm aus. Mit Fingern, die sich nicht mehr  
dehnen ließen, nahm er der Herzogin den Browning aus  
der Hand. Die Faust umklammerte den Anschlagkolben, der  
Zeigefinger den Abzugbügel. Er ließ sich wieder auf den  
Rücken fallen. Die Sinne schwanden ihm. Sein letzter  
Gedanke war, den Browning fest-zu-hal-ten.

Als Zieten für kurze Zeit die Augen öffnete lag er auf  
dem Klubledersofa in der Hohenastenbergischen Bibliothek.

Das Zimmer war voll Menschen.

Vor ihm stand ein Mann — vielleicht ein Arzt. Er roch  
nach Chloroform und hatte Watte und Verbandstoff in den  
Händen.

Zieten sah sich um. Die Leiche des Herzogs lag unver-  
ändert auf dem Teppich. Von der Herzogin war nichts zu  
sehen. Der Jemand vor ihm sagte laut und vernehmlich:  
„Er ist erwacht.“

Ein Pfeilgeschwirm von Blicken fiel im gleichen Augenblick  
auf Zieten. Ein Herr in bürgerlicher Kleidung, von einem  
Mann in Uniform begleitet, trat an ihn heran. Er hatte  
Augen, die freundlich zu lächeln schienen und die — wenn  
man sie länger ansah — kalt und forschend waren. Er  
fragte höflich... in liebenswürdigem Tone... gar nicht  
etwa barock:

„Ihr Name, bitte?“

Zieten bemühte sich zu lächeln. Wie man verbindlich  
lächelt, wenn man sich jemand vorstellt. Ihm war so wirt  
im Kopf. Irgend etwas an dem Herrn, der vor ihm stand,  
erinnerte ihn momentan an Steinkirch. Die Erinnerung  
trug ihm wirr und zeitlich ganz verwirrt Worte zu, die er  
einmal hörte: „Gedichte druckt heute niemand — Gedichte  
liest heute niemand. Geschweige denn von einem Anfänger,  
selbst wenn er sich das schöne Pseudonym: Jürgen Zieten zu-  
legt.“

Zieten lächelte noch immer. Er sagte leise:

„Jürgen — Jürgen Zie —“

Er stockte plötzlich. Der Herr vor ihm hatte auf einmal  
einen kalten... messerscharfen Blick. Zielens Lächeln er-  
starrte wie im Krampf. Steinkirch sah ihn überlegen...  
höhnisch an. Zieten gedachte des Frühlingmorgens im ver-  
gangenen Jahre bei ihm auf der Redaktion: „Nur wer dem  
Tatsächlichen des Lebens fest und unbeirrt ins Auge sieht,  
kommt zu seinem Recht.“ Er straffte sich. Er sagte laut:  
„Jürgen Gildenwerth.“

„Ihr Stand?“

„Rittmeister a. D.“

„Wohnung?“

„Kaulbachstraße 7.“

„Sie stehen im dringenden Verdacht des Totschlages, be-  
gangen an dem heute erschossenen Herzog von Hohenastenberg.  
Sie sind verhaftet.“

Jürgen Gildenwerth lächelte schon wieder. Steinkirch  
sah ihn spöttisch an. „Ungezählte Möglichkeiten schweben in  
der Luft. Ich schlage also vor, wir machen dein Projekt zur  
Bette —“

Ihm war so wirt — so müde. Eine Katze wußte sich  
mit scharfen Nagezähnen wütend durch die linke Brust. Die  
Gedanken verchlungen sich. Jemand sagte: Er wird bewußt-  
los. Die Sinne schwanden wieder. —

nicht im Wortlaut bekannt sei, daß aber die Tatsache der Abwendung des Telegramms zurechte. Er müsse auf das entschiedenste dagegen Verwahrung erheben, daß ein Mitglied der Reichsregierung in einer Frage, die die preussischen Hochschulen und Studenten aufs tiefste erregt und die Hochschulen in heftige politische Kämpfe hineinzuziehen drohe, gegen die verantwortliche preussische Regierungspolitik in einer Weise öffentlich Stellung nimmt, die sich mit den gegen das preussische Ministerium für Kunst und Wissenschaft gerichteten Angriffen identifiziert. Er müsse hierin eine starke Brüstung der Politik der preussischen Regierung erblicken. Da eine derartige Einstellung des Reichsinnenministers mit ausgesprochener Spitze gegen die preussische Regierung sich schon bei anderen Gelegenheiten bemerkbar gemacht habe, so bitte er den Reichstanzler, dafür Sorge zu tragen, daß sich derartige Fälle unter keinen Umständen wiederholen, andernfalls sehe sich die preussische Regierung genötigt, jeden Verkehr mit dem Reichsinnenminister v. Reudell vollkommen abzubrechen.

### Hermes Führer der deutsch-polnischen Wirtschafts-Delegation

Berlin, 1. Dez. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist Reichsminister a. D. Hermes gestern vom Reichspräsidenten zum Führer der Delegation für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ernannt worden.

### Philosophen gegen das Reichsschulgesetz

Berlin, 1. Dez. Eine große Zahl führender Philosophen hat einen Aufruf gegen den Reichsschulgesetzentwurf unterzeichnet. Dieser wendet sich aus pädagogischen, nationalen und religiösen Gründen gegen den Reudellschen Entwurf und fordert auch für die Volksschule die Freiheit, welche die höhere Schule seit langem genießt. Es liegen bereits hunderte von Unterschriften vor.

### Ein neuer Zwischenfall in Danzig

Danzig, 1. Dez. Die deutsch-nationale „Danziger Allgemeine Zeitung“ hatte dieser Tage eine Notiz über die Warschauer Reise des Danziger Völkerverbandskommissars van Hamel gebracht und über diese Bedenken geäußert, da sie nicht dazu beitragen könne, das Vertrauen der Danziger Bevölkerung zu dem Vertreter des Völkerverbands in Danzig zu fördern, umso mehr als van Hamel wissen mußte, daß sein früheres Verhalten des öfteren die Bevölkerung Danzigs verletzt hätte.

Daraufhin hat das Sekretariat des Kommissars van Hamel vorgetrieben die „Danziger Allgemeine Zeitung“ telephonisch angerufen und dem verantwortlichen Schriftleiter erklärt, das Blatt hätte sich seine Bedenken besser sparen sollen. Die Stellungnahme des Blattes sei unverschämte.

Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ schreibt zu diesem unerhörten Vorfall: Es ist unglücklich, daß eine Behörde des Völkerverbands, die dem Danziger Staat und damit dem Danziger Steuerzahler große Summen kostet, es sich erlauben darf, in diesem Ton eine maßgebende Danziger Tageszeitung zu beschimpfen und ihre Stellungnahme als „unverschämte“ zu bezeichnen. Ebenso ist es ein Akt ausgesprochener Parteinahme, wenn alle Danziger Zeitungen durch das Völkerverbandskommissariat über die Reise unterrichtet werden, eine nationale deutsche Zeitung indes einfach ausgeschlossen wird, weil sie sich nicht dazu hergibt, die Mitteilungen des Völkerverbandssekretariats im Wortlaut und ohne eigene Stellungnahme zu bringen. Das Völkerverbandssekretariat hat die Aufgabe, unparteiisch seine Pflicht zu tun. Wenn es jedoch deutsche Danziger Zeitungen, die berechtigter Kritik üben, in grober Weise beschimpft, ist das eine Angelegenheit, die über Danzig hinaus allgemeine Bedeutung erlangt. Diese Einstellung einer Völkerverbandsbehörde ist mit ihren Pflichten und Aufgaben unvereinbar und zeigt, in welchem Sinn diese Behörde arbeitet. Ein solch empörender Vorfall darf nicht stillschweigend hingenommen werden. Wir sind überzeugt, daß dieser Boykott und diese Beschimpfung der deutschen Presse durch die Danziger Völkerverbandsbehörde in den deutschen Zeitungen eine Welle scharfster Zurückweisung hervorgerufen wird, die den Herren in Genuß nicht angenehm sein wird. Dieser unglückliche Vorfall dürfte aber damit allein noch nicht erledigt sein. Wir verlangen darum, daß sich Herr van Hamel sowie vor allem die ihm vorgeordneten Instanzen dazu äußern.

### Einigungsverhandlungen in der Zigarrenindustrie

Karlsruhe, 1. Dezember. Wie aus Berlin gemeldet wird, haben im Reichsarbeitsministerium gestern unter Vorsitz von Ministerialrat Dr. Meves Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der deutschen Zigarrenindustrie begonnen und zwar in Form einer zwanglosen Aussprache. Die Besprechungen dauern noch an.

**Destringen (Buchs)**, 1. Dez. (Die Lage der ausgesperrten Tabakarbeiter) Spißt sich hier immer mehr zu. Eine größere Fabrik, in der fremde Hilfskräfte zur Sortiererei und Packerei herangezogen worden sind, wird von harten Streikposten scharf überwacht. Durch die ganzen Nächte hindurch postieren sich ausgesperrte Arbeiter vor den Fabrikeingängen. Ein Transportauto, das eine Bahnsendung abholen wollte, wurde durch die erbitterte Menge zur schleunigen Rückkehr gezwungen. Auch die Zollbeamten, welche zur Abfertigung der betreffenden Saarlieferungen erschienen waren, mußten unverrichteter Sache wieder umkehren.

In den Kreisen der infolge der Aussperrung in der Zigarrenindustrie arbeitslos gewordenen Zigarrenarbeiter begehrt man häufig einen Bescheid darüber, daß ihren Beitragsleistungen in der Arbeitslosenversicherung nunmehr keine Unterhaltungsleistungen entsprechen sollen, wo doch die Notlage durch die Aussperrung sich außerordentlich empfindlich auswirkt. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Was zunächst die durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz gegebene Rechtslage anlangt, so ergibt sich, daß naturgemäß dort, wo die Arbeitslosigkeit in unmittelbarer Folge der Aussperrung in der deutschen Zigarrenindustrie veranlaßt ist, im Hinblick auf die Bestimmung des Paragraphen 1 Absatz 1 keine Arbeitslosenunterstützung gewährt werden kann.

In Fällen, in denen die Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Aussperrung mittelbar verursacht ist (also, wenn z. B. die Aussperrung in der Zigarrenindustrie in von ihr abhängigen Betrieben Arbeitslosigkeit herbeiführt) sind die Arbeitslosen zu unterstützen, wenn die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung eine unbillige Härte wäre. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt erklärt Richtlinien darüber, in welchen Fällen eine unbillige Härte anzunehmen ist. Dabei ist vorzuziehen, daß durch die Arbeitslosenunterstützung nicht in die Wirtschaftskämpfe eingegriffen wird. Eine derartige Entscheidung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung liegt bis jetzt nicht vor.

Tritt infolge der Unzulänglichkeit der Arbeitslosenunterstützung eine besondere Notlage ein, so hat die öffentliche Fürsorge nach Maßgabe der Umstände Platz zu greifen.

### Verband badischer Gemeinden

Karlsruhe, 1. Dezbr. Der Verbandsvorstand hielt dieser Tage hier eine Sitzung ab, in der u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

**1. Gasfernversorgung:** Der Vorstand hält die Einsetzung einer Studientkommission durch die Städte- und Gemeindeverbände Badens für erforderlich, um die einzelnen Fragen genügend zu klären und um den Gemeinden an die Hand gehen zu können. Unter Umständen soll ein Mustervertrag ausgearbeitet werden.

**2. Sonntagsruhe und Ladenschluß in den Landgemeinden sowie Nachbadverbot:** Zum Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes werden im Interesse der Landbevölkerung durch Vermittlung des Deutschen Landgemeindetages in Berlin Anträge zur Verbesserung der letzten Verhältnisse gestellt.

**3. Einzug der Viehverversicherungsumlagen:** Verschiedene Bezirke haben sich darüber beklagt, daß der Einzug der Viehverversicherungsumlagen und der Umlagen für Entschädigungen bei Seuchenverlusten den Gemeinden übertragen worden ist. Nachdem die Finanzämter den Einzug nicht übernehmen, bleibt jedoch nur der von der Regierung vorgeschlagene Weg des Einzugs durch die Gemeinden übrig, wenn die im Interesse der Landbevölkerung gebildeten Anstalten aufrecht erhalten werden sollen.

**4. Wohnungswesen:** Der Vorstand befaßte sich mit der Frage des Wohnungsbaues, der Finanzierung desselben sowie mit der Reichswohnungszählung. Er hält die Aufstellung einer Statistik über den Wohnungsbaubestand und über die Art der Deckung für erforderlich.

**5. Änderung des Straßengesetzes:** Dem Landtag soll nochmals Vorlage erstattet werden, damit die dringend notwendige Entlastung der Gemeinden von den Land- und Kreisstraßenbeiträgen eintritt.

Der Vorstand befaßte sich ferner mit der Verwaltungsreform, mit der Bildung von Bezirksparafassen, mit dem neuen Landesarbeitsamt, mit der Besoldungsreform in den Gemeinden sowie mit anderen dringenden Gemeindefragen.

### Aus Nah und Fern.

**Sinsheim, 1. Dez. (Vortrag.)** Ueber die Elektrizität im Haushalt sprach gestern Abend im Löwenaal Herr Oberingenieur Peters aus Berlin. Unser Elektrizitätswerk hatte zwei Tafeln mit den verschiedensten elektrischen Gebrauchsgegenständen und Beleuchtungskörpern aus seinem reichhaltigen Lager aufgestellt, die mit ihrem weißen Glanz und Pflanzengrün äußerst dekorativ wirkten. In interessanten Ausführungen behandelte der Vortrag die Entwicklung der elektrischen Gebrauchsgegenstände und ihre Bedeutung für unser heutiges Wirtschaftsleben und erläuterte die großen Annehmlichkeiten für den Haushalt bei geringen Anschaffungspreisen und ersparnisreichen Betriebskosten. Eine Reihe von Heizkörpern und Apparaten und deren vielseitige Verwendbarkeit wurden praktisch erläutert, wovon die als Heizfaktor dienenden sowie die sog. „Stromküche“ in erster Linie die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Die mit diesem Back- und Bratapparat während des Vortrages hergestellten Speisen wurden als Kostproben später herumgereicht und erregten, wie der Apparat selbst, die Bewunderung der Zuhörer. An den Vortrag, der von der äußerst zahlreichen Teilnehmerzahl sehr beifällig aufgenommen wurde, schloß sich eine Gratis-Berlosung von 7 Gegenständen an, deren Gewinn den glücklichen Gewinnern große Freude bereitete.

**Sinsheim, 1. Dez. (Die Weihnachtsbäume.)** Der Christbaumgroßhandel hat seinen Anfang genommen. Die Händler sind zurzeit auf der Suche nach Christbäumen. In den Forsten des Taunus, des Westerwaldes und des Odenwaldes, die die meisten Bäume in die Städte Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Koblenz usw. liefern, sind bereits größere Posten abgefahren worden. Für 100 Bäume erster Klasse über 3 Mtr. hoch werden 200 Mark, zweiter Klasse 2 bis 3 Meter hoch 120, dritter Klasse 1—2 Meter hoch 80 Mark und bis zu einem Meter hoch 50 Mark sofort an Ort und Stelle bezahlt. Dazu kommt noch der Transport.

**Sinsheim, 1. Dez. (Zwei-Kilo-Paket für 40 Pfennig.)** Seit längerer Zeit sind auf Anregung aus Kreisen der Industrie- und Handelskammern zwischen der deutschen Industrie und Handel und dem Reichspostministerium Verhandlungen zwecks Einführung eines Kleinpaketes im Gange. Der Antrag des Industrie- und Handelskammern ging dahin, daß unter Beibehaltung des Ein-Kilo-Paketes ein Zwei- bis Drei-Kilo-Paket neu geschaffen werden sollte. Auf diesen Vorschlag hat, nach Berliner Blättermeldungen, das Reichspostministerium einen Gegenvorschlag gemacht, wonach das Ein-Kilo-Paket mit den bisherigen Verordnungsbedingungen mit der Briefpost (unter Erweiterung der Ausdehnungsgrenze) bestehen bleibt. Es kostet aber 80 Pfg. auf alle Entfernungen. Für Sendungen über 500 Gramm bis zwei Kilo kommt die Schaffung einer Zwei-Kilo-Kleingutsendung ohne Paketzettel in Vorschlag mit einer Einheitsgebühr von 50 Pfg., ohne Unterschied der Entfernung. Die Größe der Kleingutsendung unterliegt Beschränkungen.

**Sinsheim, 1. Dez. (Natursehenswürdigkeiten in Baden.)** Zum Schutze der heimischen Tierwelt ist im Einvernehmen mit allen am Naturschutz interessierten Kreisen vom Ministerium des Innern und vom Unterrichtsministerium eine Verordnung erlassen worden, die am 25. November in Kraft getreten ist. Die Liste der geschützten Tiere hat folgende Arten: Insekten, Lurche, Kriechtiere, Vögel, Säugetiere, Pflanzen. Es ist verboten, Tiere und Pflanzen der geschützten Arten feilzubieten, zu kaufen oder zu verkaufen, mitzunehmen, zu befördern oder in Bearbeitung zu nehmen. Das Verbot erstreckt sich auch auf Teilen der geschützten Tiere oder Pflanzen, bei Tieren auf Eier, Larven, Puppen, Nester. Bei Uebertretung sind Geldstrafen bis zu 150 Mark und Haftstrafen bis zu 14 Tagen angedroht.

**Wahlstadt, 30. Nov. (Verschiedenes.)** Der erste Zug abwärts Richtung Mannheim hatte Montags fast regelmäßig Verspätungen durch das Anhängen von Viehwagen zum Mannheimer Viehmarkt. Durch diese Verspätungen konnten vielfach die diesen Zug benutzenden Arbeiter ihre Arbeitsstellen nicht rechtzeitig erreichen, was für diese Leute Unannehmlichkeiten zur Folge hatte. Um diesem Mißstand abzuwehren läßt die Reichsbahnverwaltung sogenannte Viehtransportzüge auf unserer Strecke und der Strecke Meckesheim Jagstfeld Montags in der Frühe verkehren. In Meckesheim werden die beiden Züge zu einem Zug vereinigt. In Wahlstadt kommt der Viehtransport um 6.31 Uhr an und geht 6.36 Uhr ab. Mit diesem Zug kann auch Kleinvieh ohne Zuladung befördert werden. Der nächste Personenzug 454 ab Wahlstadt nach Heidelberg 8.48 nimmt dafür Montags kein Groß- und Kleinvieh mit. — Herr Kaplan Otto Meckler hier ist auf 4. Dezember als Benifiziär nach Meßkirch versetzt. Herr Kaplan Meckler war 6 Jahre hier tätig und verstand es, sich allgemein höchste Wertschätzung zu erwerben. Sein Wegzug wird hier allgemein bedauert.

**Eichelbach, 30. Nov. (Tat eines Irrsinnigen.)** Am Freitag mittag ließ der etwa 55 jährige Landwirt Wilhelm Edinger infolge

geistiger Amnachtung seinen ganzen Wein, zusammen 1000 Liter auslaufen, worauf er das erst geschachtete Schwein (Wüste und Salzfleisch) durch Uebergießen von Esol vollständig vergiftete. Nur mit Gewalt konnte er verhindert werden, seine Androhung, das Haus anzuzünden, nicht wahr werden lassen. Der Irrsinnige wurde alsdann am Samstag früh durch die Ortspolizei nach Heidelberg in die Psychiatrische Klinik verbracht.

**Kuchen, 30. Nov. (Handwerkerverein.)** Der hiesige Handwerkerverein kann in diesem Jahre auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hält auch der Eszengau des Landesverbandes bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen seinen diesjährigen Gantag am nächsten Sonntag, den 4. ds. Mts., hier im Saale des Gasthauses zum „Löwen“ ab. Das Nähere hierüber wird noch bekannt gegeben werden. Diese Tagung bietet willkommene Gelegenheit zur Aussprache, da gewöhnlich der Präsident des Landesverbandes, Herr Landtagsabgeordneter Otto Burkhardt-Heidelberg, ferner Vertreter der Handwerkskammer und des Bezirksamtes an diesen Tagungen teilnehmen. Es ist daher eine rege Teilnahme zu erwarten, da ja die gegenwärtige Lage im Handwerk genügend Stoff zur Diskussion bietet und es jedermann ermöglicht ist, durch Anfragen sich Rat und Auskunft zu verschaffen. Handwerkern und Gewerbetreibenden, denen es irgendwie möglich ist, mögen alle an dieser Versammlung teilnehmen. Die verehrl. Vereine werden seitens des Gaues noch besonders eingeladen.

**Eppingen, 30. Nov. (Verschiedenes.)** Im Landesverein „Badische Heimat“ der hiesigen Ortsgruppe sprach der Heimatdichter August Gantner-Freiburg aus eigenen Werken. Gantner, in weiten Kreisen schon eine bekannte und beliebte Dichterpersönlichkeit, verstand es auch hier, durch eine vorzügliche Auswahl für seine Werke zu werden, denen durchgängig eine tiefe Heimatliebe, gepaart mit wundervollem Einfühlungsvermögen in Dinge und Verhältnisse eigen ist. — Der katholische Kirchengor wird am kommenden Sonntag im Engelsaale ein Kirchenkonzert mit einem erlesenen Programm mit Chören von Schubert, Haydn, Romberg und Rudnik veranstalten. Klavierkonzerte von Frau Fortmüller Gantner und Vorträge des gut durchgebildeten Streichorchesters werden das Programm vervollkommen.

**Meckesheim, 30. Nov. (Vortrag.)** Gestern Abend hielt Herr Oberingenieur Peters aus Berlin im Gasthaus zum Ochsen hier einen interessanten Vortrag über „die Elektrizität im Haushalt.“ Die Erläuterungen und praktischen Vorführungen ließen erkennen, wie überaus angenehm sich die Elektrizität im Haushalt auswirken kann. Besonders die „Stromküche“ fand bei den Hausfrauen großen Beifall. Durch schmackhafte Kostproben konnten sich die Anwesenden von den Kochkünsten überzeugen. Am Schluß des gut besuchten Vortrages fand eine Gratis-Berlosung elektrischer Hausartikel statt.

**Aglasterhausen, 30. Nov. (Erfolgreiche Firma.)** Laut Eintrag in das Handelsregister A. beim Amtsgericht Mosbach, ist die Fa. Ludwig Rüdinger sen. Aglasterhausen erloschen. Hiermit hat eine Firma entgültig aufgehört zu bestehen, die mit dem Aufblühen Aglasterhausens in engster Fühlung stand. Die Fa. Ludwig Rüdinger sen. Dampfzelle und noch einige Industrierwerke, wie die Georg Weidenhammer'sche Feilschmiedfabrik, in der heute die Lederwarenfabrik, Ed. Hülthner u. Co. untergebracht ist, machen im letzten Jahrzehnt des verflohenen Jahrhunderts Aglasterhausen zu einem bedeutenden Industrieort der heute noch weit über die Grenzen unseres badischen Heimatlandes bekannt ist.

**Oberschwarzach, 30. Nov. (Verschiedenes.)** Bei den Holzhauerarbeiten im hiesigen Gemeinewald ereignete sich ein erster Unfall. Der Landwirt Ludwig Sutter wurde beim Baumabsägen von einem stützenden Teil hart getroffen. Er erlitt eine erhebliche Beinverletzung. — Ein seltenes Jubiläum beging dieser Tage der Polizeidiener Heinrich Pfähler. Seit 40 Jahren vertritt er den Dienst als Polizeidiener. Zu Ehren des Jubilars fanden sich bei einer von der Gemeinde veranstalteten Feier zahlreiche Gemeindeglieder im Gasthaus „Zum Löwen“ ein. Für seine treu geleisteten Dienste wurde dem Jubilare eine von der Gemeinde gekaufte Gabe unter ehrenden Worten überreicht. Der Männergesangsverein verabschiedete die schlichte Feier durch Darbietung von Volks- und Heimatliedern.

**Tiefenbach, 30. Nov. (Lokalbahn.)** Unser Lokalzügelchen scheint sich Urwälderzeiten anpassen zu wollen. Kommt es dieser Tage wieder schnaufend und fauchend von Bruchsal her geschlichen und bleibt glücklich 1 Kilometer vor Odenheim ganz stehen. Die Fahrgäste reißen die Fenster auf und fragen nach der Ursache: Ein Dampfrohr ist undicht, und zischend entströmt der Dampf, den man zum Fahren mit einer Dampflokomotive doch so notwendig braucht, in die kühle Nachtluft. Es muß geflickt werden. Für den Spott brauchte man nicht zu sorgen. Manches Odenheimer setzt sich auf Schuhmachers Kappen, nachdem er sich kalte Füße geholt hatte. Man versucht nach notwendiger Reparatur die Station zu erreichen, doch nach einigen 100 Metern hält es schon wieder. „Alle Fahrgäste nach Odenheim aussteigen!“ Nach geraumer Zeit wird glücklich Odenheim erreicht. Mit über einer Stunde Verspätung wird die Station verlassen. Hilsbach ist wohl erreicht worden, denn es kam anderntags das Zügelchen wieder den Berg herab.

**Odenheim, 30. Nov. (Verschiedenes.)** Beim Pflügen fand dieser Tage hier ein Landwirt das Skelett eines Mannes. Man wird diesen Fund in Zusammenhang mit alten Geschehen im Jahr 1813 bringen, die hier stattfanden. — Hier wurde ein Teil der Tabakernte für 75 Mk. der Str. verkauft. — Die Ausstellung des Briestaubvereins, der nunmehr ein Jahr besteht, war recht gut besichtigt. Die Tiere waren in vier Gruppen eingeteilt und man konnte prachtvolle Exemplare bewundern. Die Hauptpreisträger waren Hans und Eugen Schuring. — Von der Aussperrung sind hier etwa 350 Personen betroffen.

**Destringen, 30. Nov. (Die Lage der ausgesperrten Tabakarbeiter.)** Spißt sich hier immer mehr zu. Eine größere Fabrik, in der fremde Hilfskräfte zur Sortiererei und Packerei herangezogen worden sind, wird von harten Streikposten scharf überwacht. Durch die ganzen Nächte hindurch postieren sich ausgesperrte Arbeiter vor den Fabrikeingängen. Ein Transportauto, das eine Bahnsendung abholen wollte, wurde durch die erbitterte Menge zur schleunigen Rückkehr gezwungen. Auch die Zollbeamten, welche zur Abfertigung der betreffenden Saarlieferungen erschienen waren, mußten unverrichteter Sache wieder umkehren.

**Menzingen, 30. Nov. (Der Konsumverein)** hielt unter dem Vorsth von Wundling-Bretten die Jahresversammlung ab. Der Umsatz von rund 20000 Mk. ist auf 27 669 Mk. angewachsen. — Die Witwe Huber wurde auf dem Felde beim Rübenrupfen von Jägern angeschossen.

**Abelsheim, 30. Nov. (Gründung einer Pioniervereinigung.)** Am Sonntag versammelten sich die Pioniere des Baulandes im Gasthaus zum Ros in Sennfeld zwecks Gründung einer Pioniervereinigung. In der gut besuchten Versammlung wurde Rainer-Hembsch zum Schriftführer, Blechmermeister Fischer-Abelsheim zum Rechner gewählt. Die nächste Zusammenkunft findet am 22. Januar in Osterburken statt.

**Ladenburg, 30. Nov. (Hindenburg an Carl Benz.)** Aus Anlaß seines 83. Geburtstages hat Carl Benz, der Erfinder des Autos, folgendes Glückwunschtelegramm des Reichspräsidenten erhalten: „Zu Ihrem heutigen 83. Geburtstag übermittle ich Ihnen mit dem Ausdruck dankvollen Gedankens für Ihre Pionierarbeit auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugwesens meine herzlichsten Glückwünsche. von Hindenburg, Reichspräsident.“

Mannheim, 1. Dez. (Lebensrettung. — Verbrüht.) Der Landeskommissar für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach hat unterm 14. d. M. den Kaufmann Schützer in Mannheim, welcher am 1. August d. J. den 7 Jahre alten Richard Gelfke hier durch entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Rhein gerettet hat, eine öffentliche Belobigung ausgesprochen. — Auf dem Lindenhof fiel am Montagabend ein drei Jahre altes Kind in einem auf dem Boden stehenden, mit heißer Pflasterbrühe gefüllten Zuber und hat sich derart verbrannt, daß es am nächsten Morgen im Krankenhaus gestorben ist.

Sachsenheim, 1. Dez. (Schwerer Sturz von der Leiter.) Gestern vormittag stürzten an der Haupt- und Linsenstraße zwei an einer Lichtleitung beschäftigte Arbeiter einer Mannheimer Elektrizitätsfirma infolge Bruchs der Leiter aus ziemlicher Höhe ab. Der eine der Verunglückten erlitt eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen, der zweite kam mit leichten Verletzungen davon.

Weinheim, 1. Dezember. (Ein Nacheakt.) Der hiesige Obsthändler Georg Hirschberger hatte in einem Mannheimer Gasthause gegen zwei Personen abfällige Äußerungen gemacht, die aber ein Weinheimer Obsthändler auf sich bezog. Auf der Heimfahrt überfiel dieser mit seinem Sohn Hirschberger und brachten ihm mit einem Instrument eine schwere Kopfwunde bei. Die auf demselben Wagen mit Hirschberger mitfahrende Händlerfrau Dora Dattge von hier nahm sich des Schwerverletzten an, indem sie die blutende Wunde kühlte und so gut es ihr möglich war, verband. Frau Dattge fuhr mit dem Wagen nach Heidesheim, um ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Nach Aussagen des Arztes wäre ohne die erforderliche Hilfe der Händlerfrau die Verletzung tödlich verlaufen.

Wiesloch, 1. Dez. (Masern.) In einzelnen Gemeinden des Amtsbezirks treten die Masern unter den kleinen Kindern und Schulkindern in solchem Umfange auf, daß in den unteren Klassen der Volksschule über die Hälfte der Schüler fehlen. Es wurde deshalb die Schließung dieser Schulen angeordnet.

Wiesloch, 1. Dez. (Zigarrenarbeiterstreik.) Im Amtsbezirk Wiesloch bestehen in jeder Gemeinde Zigarrenfabriken, so daß hier die Aussperrung besonders stark wirkt. Die Not unter den Zigarrenarbeiterfamilien ist groß, zumal ein Teil derselben nicht organisiert ist. Dieser Tage fand hier in dieser Angelegenheit eine Bürgermeisters-Versammlung statt, in der über die Hilfe für die Aussperrten beraten wurde. Täglich finden in den größeren Ortschaften stark besuchte Versammlungen statt, in denen die Führer der christlichen Gewerkschaften den Tabakarbeitern über die Lage berichten. Die Gemeinden verlangen von Reich u. Staat Geldunterstützung und wollen, bis dies durchgesehen ist, vorschußweise Gelder hergeben. Ein Ende des Streiks ist noch nicht abzusehen.

Durlach, 1. Dez. (Motorradunfall.) Am Dienstagabend fuhr ein Motorradfahrer auf der Straße Gröbzingen-Durlach auf ein unbedeutendes Pferdewerk. Der Motorradfahrer zog sich eine Gehirnerschütterung zu und blieb bewusstlos liegen. Er wurde in das Krankenhaus in Durlach eingeliefert.

Bühl, 1. Dez. (Ein kleiner Brandstifter.) Das 4-jährige Söhnchen des Landwirts Josef Kirchner in Altschweier spielte im Heuspeicher Feuer, wodurch die Futtervorräte in Brand gerieten, der auch auf das Wohnhaus übergriff und den Dachstuhl einäscherte. Der kleine Brandstifter konnte mit knapper Mühe gerettet werden.

Herrschried, 1. Dez. (Tödlicher Unfall.) Der Sohn des Altbürgermeisters Siebold wurde in Freiwald beim Holzaufladen durch einen Holzstamm schwer verletzt. Er starb bald darauf im Krankenhaus.

Freiburg, 1. Dez. (Zwei Kampfbühnen.) Der ledige Hausierer Johann Graf aus Hartshausen (Amt Oberndorf) verletzte dem 57 Jahre alten Hausierer S 111 aus Reichen im Verlaufe eines Streites fünf Messerstiche in Kopf und Brust. Der lebensgefährlich Verletzte mußte ins Krankenhaus verbracht werden. Der Täter wurde verhaftet.

Donauwörth, 1. Dez. (Ursache des großen Fischsterbens.) Als Ursache des großen Fischsterbens in der Brigach hat die Gendarmerie Billingen festgestellt, daß im Messingwerk in Billingen einem Arbeiter aus Unvorsichtigkeit ein Faß Leerdöl ausgelaufen ist, wodurch von Billingen bis nach Gutmadingen die Fischbestände gezehrt worden sind.

Billingen, 1. Dez. (Lebensmüde.) Anscheinend infolge einer Gemütsdepression verletzte sich gestern Abend in einem Wirtshaus ein hier beschäftigter junger Mann mit seinem Taschenmesser einen Stich in die Brust. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Wunde soll nicht lebensgefährlich sein.

Karlsruher Schwurgericht.

5 1/2 Jahre Zuchthaus wegen Gewerbsabtreibung und fahrlässiger Tötung.

Karlsruhe, 30. Nov. Vor dem Schwurgericht unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Rudmann hatte sich gestern die 46 Jahre alte ledige Hilfsarbeiterin Emilie Kaffner aus Pforzheim-Brödingen wegen gewerbsmäßiger Abtreibung und fahrlässiger Tötung zu verantworten. Die Angeklagte war bereits im Jahre 1919 wegen Abtreibung gegen Entgelt zu fünf Jahren vier Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Im Jahre 1922 wurde ihr durch einen Gnadenakt Strafausschub auf Wohlverhalten gewährt. Kurz nachdem sich die Zuchthausmauern hinter der Angeklagten, die einen Kurs für Krankenpflege mitgemacht und sich auch als Krankenpflegerin betätigt hatte, geschlossen hatten, wurde sie rückfällig, indem sie seit dieser Zeit bis Anfang Juni 1926 in Pforzheim-Brödingen an einer größeren Anzahl Frauen und Mädchen verbotene Eingriffe vornahm und sich dafür ein Entgelt geben ließ. Ein Abtreibungsversuch endete mit dem Tode der Frau. Der Staatsanwalt beantragte 7 1/2 Jahre Zuchthaus. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte Kaffner wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren sechs Monaten. Der Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Karlsruhe, 29. Nov. Heute nachmittag verhandelte das Schwurgericht gegen das 25 Jahre alte ledige Dienstmädchen Lina Emilie Böhmner aus Sedern, das wegen Kindstötung angeklagt war. Die Anklage legte ihr zur Last, ihr uneheliches Kind bei der Geburt am 25. Juni d. J. in der elterlichen Wohnung vorsätzlich getötet zu haben (Verbrechen nach § 217). Die Angeklagte bestritt in der Verhandlung jegliche Schuld. Erster Staatsanwalt Dr. Rönning hielt nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme vorläufige Kindstötung für gegeben und beantragte zwei Jahre Gefängnis, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Roth-Krafft, auf Freisprechung plaidierte. Das Schwurgericht fällte folgendes Urteil: Die Angeklagte wird von der erhobenen Anklage freigesprochen; die Staatskasse hat die Kosten zu tragen. Das Schwurgericht konnte auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme, insbesondere auf Grund der Gutachten der drei ärztlichen Sachverständigen nicht die volle Ueberzeugung gewinnen, daß das Kind vor oder nach der Geburt gelebt hat, was die Voraussetzung für eine Verurteilung wegen vorsätzlicher Kindstötung oder wegen fahrlässiger Tötung wäre. Es liegen zwar eine Reihe Verdachtsmomente vor. Freisprechung erfolgte nur deshalb, weil dem Gericht die Beweise, die gegen die Angeklagte vorliegen, nicht ausreichend genug waren, um ein verurteilendes Erkenntnis zu fällen. Der Haftbefehl gegen die Angeklagte wurde unter diesen Umständen aufgehoben.

Ein unheilbringendes Schäferkündchen.

Ein Abtreibungsprozeß.

Freiburg i. Br., 30. November. Mit einer Arrestantin hielt der Drispollgebetener Fritz Wegel in einem Dorfe des Randerertales im Drisarrest ein Schäferkündchen ab, das ihn teuer zu stehen kommt. Die gegen ihn ausgesprochene Strafe, welche sich auf Paragraph 174 Absatz 2 des RStGB. stützt, beträgt unter Zubilligung mildernder Umstände acht Monate Gefängnis. — Sodann beschäftigte sich das Schwurgericht mit einer vielverzweigten Abtreibungsaffäre, in welche Frauen aus Gimmelingen, Erzingen-Kirch, Weiskopfoldsbüsche und anderen Orten verwickelt waren. Die Hauptbeschuldige, die frühere Ehegattin Frau Moser in Gimmelingen, erhielt wegen Lohnabtreibung zwei Jahre Zuchthaus, die Mitangeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis drei Monaten verurteilt.

Mülhausen, 30. Nov. (Eine Mädchenhändlerin vor Gericht.) Vor der hiesigen Strafkammer wurde am ersten Samstag gegen die Mädchenhändlerin Sarah Kieselstein aus Bienen verhandelt, die in den Städten Straßburg, Metz und Mülhausen junge deutschsprechende Mädchen für ein öffentliches Haus in Marseille anzumerben versuchte. Als sie Ende Juni in Mülhausen von einer Minderjährigen die Abänderung des Geburtscheines verlangte, wurde sie von der Polizei abgefaßt und kam in Untersuchungshaft. Da die vorgelegten 21 Zeugen nicht alle vernommen werden konnten, wurde die Sache auf 13. Dezember vertagt.

Mord und Selbstmord bei Cronberg.

Frankfurt a. M., 29. Nov. In der Nähe von Cronberg wurde auf freiem Felde die Leiche einer Frau aus Frankfurt am Main aufgefunden. Nach den polizeilichen Ermittlungen liegt Mord vor. Als Täter kommt der Verlobte der Ermordeten in Frage. Das Paar war seit Sonntag Abend nicht mehr gesehen worden. Wahrscheinlich hat auch der Bräutigam Selbstmord verübt.

Ausgeklärter Leichenfund.

Kirchhosen, 1. Dez. Die ärztliche Untersuchung der Leiche des in seinem Bette tot aufgefundenen Johann Rüb hat ergeben, daß er einem Schlaganfall erlegen ist. Der wegen Mordverdachts verhaftete Sohn wurde wieder freigelassen.

Doppelmord und Selbstmord.

Bretzheim (Württg.), 1. Dezember. Am Sonntagmittag wurde — wie gemeldet — der Oberlandjäger Erhardt mit seiner Frau und dem etwa elfjährigen Sohn in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Das Motiv zu dieser Verjüngungsstat dürfte einzig und allein finanzieller Natur sein. Erhardt hat keine Ersparnisse in Höhe von 1200 Mark und einen von ihm besonders ausgenommenen Betrag von 500 Mark ausgeliehen, die er als verloren betrachtet mußte. Der unglückliche Mann hat zuerst seine im Bett liegende Frau und sein einziges Kind vermutlich durch einen Schuß getötet, schrieb dann einen Abschiedsbrief, in dem er die Gründe für sein Vorgehen angab und tötete sich, auf einem Stuhl vor dem Bett seiner Frau sitzend, durch einen Kopfschuß.

Die Ehefrau naht auf die Straße gejagt.

Paris, 1. Dez. In einem Dorf in der Nähe von Tours hat ein Arbeiter in einem Wutanfall im Verlauf eines Streites mit seiner Frau diese naht auf die Straße gejagt, nachdem er sie vorher in eiskaltes Wasser getaucht hatte. Bis sich der Mann entschlossen hatte, die Frau wieder ins Haus zu lassen, war die Bedauernswerte an einem Herzschlag gestorben.

Diebstahl französischer Militärdokumente.

Paris, 1. Dez. Im Hydrographischen Marineamt, das sich im Pariser Universitätsgebäude befindet, wurden vor einiger Zeit auf die nationale Verteidigung bezügliche Dokumente gestohlen. Als Schuldiger wurde schließlich der Portier der Universität, Farineau, festgestellt, der mit Hilfe von Nachschlüssel sich den Zugang zum Archiv verschafft hatte. Die Polizei vermutet, daß Farineau Komplizen hat.

Schiffsunglück bei Bornholm.

Kopenhagen, 1. Dez. In der Nähe von Odsø an der Küste von Bornholm ist der schwedische Dampfer „Beta“, der sich auf der Reise von Rotterdam nach Helsingfors befindet, gestrandet. Der Dampfer ist led. Drei Tanks sind bereits mit Wasser gefüllt.

Neueste amtliche Kurse

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. S. m. b. H. Sinsheim, vom 1. Dezember 1927.

Table with columns for Anleihen, Bankaktie, Besondere Aktien, Aktien industri. Unternehmungen, and Wechsel. Lists various financial instruments and their values.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 30. November 1927.

Angefahren wurden: Milchschweine 65, Läufer 39. Verkauft wurden: Milchschweine 65, Läufer 25. Höchster Preis für Milchschweine Paar 30.—, für Läufer 56.— RM. Hüfiger „ „ „ 25.— „ 45.— Niedriger „ „ „ 22.— „ 36.—

Wetterbericht.

Karlsruhe, 30. November. Die in den unteren Schichten des europäischen Hochdruckgebietes noch ziemlich in Ruhe befindlichen Kaltluftmassen begünstigten auch gestern die Erhaltung der Hochnebeldecke über der Ebene. Darüber hat der Schwarzwald ab etwa 800 Meter noch heiteres Wetter. Es besteht vorderhand keine Aussicht auf Aenderung des gegenwärtigen anticyclonalen Witterungscharakters.

Advertisement for 'Beamtentochter' (20 J. alt), 'Haustochter oder Stütze', and 'Dixin' soap powder.

Advertisement for 'Dixin' soap powder, featuring an image of a woman and text describing its benefits.

Advertisement for 'Empfehle! Gänse' (4 schöne) and 'Berloren!' (Am Dienstag Abend 6 Uhr verlor eine Witwe von Max Kaufmann bis Bahnh.)

Advertisement for 'Adolf Lichdi' (Telefon 338) and 'Gierige Freßer bei guter Verdauung'.

Advertisement for 'Befreit' (werden Sie von Russen Schwaben Ameisen usw. durch Anwendung von Abfugs „Sich-zol“)

Advertisement for 'Billige und schöne Gesundheits-Baby- und Kinderbetten'.

Advertisement for 'Hausfabrikation' (richten wir ein. Dauernde und sichere Erzeugnisse oder Nebenerwerb. Auskunft kostenlos.)

Advertisement for 'Pianos und Flügel' by 'Schiedmayer & Söhne' (Alteste und Stammfirma Stuttgart).

Advertisement for 'Bremen - Südamerika Ostküste / Westküste' (hervorragende Reisegelegenheiten mit den beliebtesten Dampfern des Norddeutschen Lloyd Bremen).